

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Katharina Schulze
Abg. Matthias Enghuber
Abg. Jan Schiffers
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Doris Rauscher
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Petra Högl
Abg. Gabriele Triebel
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Sandro Kirchner
Abg. Andreas Krahl
Abg. Kerstin Celina
Staatsministerin Carolina Trautner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN**

"Ein Netz, das trägt: Solidarisch durch den Lockdown"

Sie kennen das Prozedere mit fünf bzw. zehn Minuten für den Fall, dass jemand verzichtet. – Als erster Rednerin erteile ich der Kollegin Katharina Schulze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Pandemie betrifft uns zwar alle; für manche Menschen ist sie jedoch schwerer auszuhalten. Deswegen bin ich davon überzeugt, dass so eine Krise nicht nur technisch und organisatorisch bewältigt werden muss, sondern man immer auch die Mitmenschlichkeit, die Nähe und die Wärme im Blick behalten muss.

Wir wissen, dass soziale Vereinzelung, Hilf- und Mutlosigkeit bis hin zu Depressionen Begleiterscheinungen der andauernden Corona-Krise sind. Diese werden durch den momentanen Lockdown, der allerdings richtig und wichtig ist, noch verstärkt. Uns als GRÜNE ist daher wichtig, dass wir ein Netz spannen, das alle Menschen trägt, und dass jeder, der Hilfe braucht, Hilfe bekommt.

Als GRÜNE ist es uns auch wichtig, dass Kinder weiter mit Gleichaltrigen zusammenkommen, spielen und voneinander lernen können. Wir finden es daher fatal, wie die Staatsregierung im Bildungsbereich agiert. Es gibt immer nur eine Reaktion und keine Aktion.

Wo sind die mobilen Entlüftungsanlagen? Wo fahren die Verstärkerbusse flächendeckend? Wo ist das Mehr an Lehrerinnen und Lehrern sowie an Schulpsychologinnen und -psychologen? Wo sind die Masken für die Lehrerinnen und Lehrer? – Wir GRÜNE haben Ihnen all das seit Monaten vorgeschlagen, aber Sie sind einfach viel

zu langsam und schaffen es nicht, Lehren und Lernen in Pandemiezeiten zu gewährleisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem möchten wir keine erneute Vereinsamung, zum Beispiel in Alten- und in Pflegeheimen. Es darf sich nicht wiederholen, was im Frühjahr passiert ist. Das heißt, die Träger und die Einrichtungen brauchen Rechtssicherheit, damit sie die Besuche von Angehörigen gut planen können. Wir brauchen endlich auch FFP2-Masken für alle Besucherinnen und Besucher sowie Schnelltests in jedem Alten- und Pflegeheim.

Liebe Staatsregierung, ich finde Ihr Krisenmanagement und Ihre logistischen Leistungen absurd. Ich finde es absurd, dass Sie von den zehn Millionen Schnelltests erst 625.000 an die Landkreise ausgeliefert haben. Wo ist diesbezüglich Ihr Logistikmanagement?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, dass die häusliche Gewalt in Krisenzeiten zunimmt. Kinder und Frauen sind dabei die Hauptleidtragenden, und jetzt rächt sich, dass der Freistaat Bayern, dass die Bayerische Staatsregierung seit Jahren Frauenhäuser, Beratungshotlines, Beratungsstellen chronisch unterfinanziert. Es rächt sich auch, dass wir immer noch keine niedrigschwelligen Angebote und Anlaufstellen in Supermärkten oder in Apotheken installiert haben, die Menschen, die daheim von Gewalt betroffen sind, aufsuchen können, wie das zum Beispiel in Frankreich der Fall ist. Ich erwarte, dass Sie in den nächsten Wochen und Monaten in diesen Bereich massiv investieren, damit alle Menschen vor häuslicher Gewalt geschützt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Netz, das trägt, spannen viele Menschen in Bayern in Familien, in Freundeskreisen, in ehrenamtlichen Unterstützungsangeboten füreinander auf. Wir GRÜNE sind der Meinung, dass die Politik, dass die Regierung die

Aufgabe hat, das zu unterstützen und nicht zu hemmen. Ich habe jetzt exemplarisch drei Bereiche genannt, wo mehr passieren muss, und meine Kolleginnen und Kollegen werden weitere Bereiche aufführen, wo die Regierung unterstützend tätig sein muss.

Diese Pandemie und dieser erneuter Lockdown sind nicht fair. Es ist deswegen die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die Hilfe benötigen, Hilfe erhalten und alles Menschenmögliche getan wird, um einigermaßen gut durch diese Krise zu kommen.

Herr Ministerpräsident Söder inszeniert sich gerne als Krisenmanager, wenn man aber genauer hinschaut, sieht man allerdings, dass das mehr Schein als Sein ist. Die Gesundheitsämter sind ausgeblutet und kommen bei der Kontaktnachverfolgung nicht hinterher. Das Testdebakel im Sommer haben wir alle noch im Kopf. Sie haben keine zielgerichtete Teststrategie, und Sie wissen nicht einmal, wo sich der Großteil der Menschen mit Corona ansteckt. Das alles muss man jetzt in den Griff bekommen.

Parallel dazu brauchen die Menschen, die Unterstützung benötigen – Frauen, Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Obdachlose, Geflüchtete, sozial schwächere Gruppen –, auch die passende Hilfe. Die Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, dass die Unterschiede, die die Pandemie mit sich bringt, von der Regierung ausgeglichen werden.

Ich bin davon überzeugt, dass wir gut durch diese schwierige Zeit kommen, wenn wir solidarisch miteinander umgehen, und ich appelliere noch einmal an die Bayerische Staatsregierung: Nehmen Sie unsere grünen Vorschläge auf! Wir legen sie Ihnen seit Monaten vor; Sie müssen sie nur übernehmen. Wir werden dann gemeinsam gut durch diese schwierige Zeit kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht – in diesem Fall sind es zehn Minuten – für die CSU-Fraktion Matthias Enghuber.

Matthias Enghuber (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie stellt uns weiterhin vor große Herausforderungen. Es war und ist bislang eine gesamtgesellschaftliche Leistung, mit der das Infektionsgeschehen zunächst deutlich verlangsamt werden konnte. Alle politischen Entscheidungen von Staatsregierung und diesem Hohen Haus konnten ihre Wirkung nur entfalten, weil die Menschen in Bayern und in ganz Deutschland von Anfang an trotz großer persönlicher Einschnitte mitgemacht haben. Sie haben die Richtigkeit und Wichtigkeit der ergriffenen Maßnahmen erkannt und unterstützt. Das, liebe Frau Kollegin Schulze, ist kraftvolles Krisenmanagement, welches in der Bevölkerung ankommt und von der Bevölkerung mitgetragen wird. Genau so muss es sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Eltern, die oft Kinderbetreuung, Homeschooling und Homeoffice unter einen Hut bringen mussten und immer wieder müssen, kostete die Corona-Pandemie viel Kraft und Nerven. Vor den Herbstferien haben wir hier in einer Sondersitzung erneut umfassend über die Corona-Pandemie gesprochen und Beschlüsse gefasst. Bayern hat die Maßnahmen der Ministerpräsidentenkonferenz vollumfänglich umgesetzt und einen Lockdown light beschlossen. Wir, die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, stehen hinter diesen Maßnahmen, weil wir davon überzeugt sind, dass dies aktuell unsere einzige Chance ist, das Infektionsgeschehen entschieden einzudämmen und so einer Überlastung der Krankenhäuser und Intensivstationen entgegenzuwirken.

Arbeit zu ermöglichen und Schulen und Kitas offen zu halten, ist unsere oberste Priorität. In welchem Land Sie, Frau Schulze, nachgesehen haben, wie es mit Schulen und Kitas aussieht, weiß ich nicht. Kinder und Jugendliche brauchen den sozialen Halt, insbesondere in einem schwierigen familiären Umfeld. Hierfür müssen die Kontakte in anderen Bereichen für eine überschaubare Zeit massiv eingedämmt werden, auch wenn das für uns alle nicht einfach ist.

Die Corona-Krise und die dadurch notwendigen Einschränkungen sind für viele Menschen eine große Belastung. Solche Belastungen können in Einzelfällen auch in psychische und physische Gewalt umschlagen. Den Schutz von Kindern und Jugendlichen muss die Gesellschaft immer im Blick haben, in schwierigen Zeiten aber ganz besonders. Die Strukturen, die im Freistaat und in den Kommunen im Rahmen des Gesamtkonzepts Kinderschutz über die Jahre hinweg aufgebaut worden sind, haben sich jetzt in der Krise bewährt. Damit dürfen wir uns aber nicht zufriedengeben. Wir müssen dranbleiben und die Strukturen, wo nötig, auch weiterentwickeln. Die Bayerische Staatsregierung unterstützt dabei die für den Kinderschutz zuständigen Kommunen und die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen freiwilliger Leistungen, insbesondere durch ihre Förderprogramme und die flankierenden Maßnahmen zur Sicherstellung notwendiger landesweiter interdisziplinärer Qualifizierungsstandards sowie durch einen landesweiten effektiven Vollzug nachhaltig und verlässlich bei der Weiterentwicklung und beim Ausbau von Strukturen.

Kinder sind unser höchstes Gut. Wir müssen neue Herausforderungen beim Kinderschutz im Blick behalten und ihnen mit entsprechenden Maßnahmen begegnen. So wollen wir unter anderem die digitalen Zugangswege für Kinder und Jugendliche zu Beratungsangeboten ausbauen. Gerade in solchen Krisenzeiten, in denen persönliche Kontakte heruntergefahren werden, ist das unerlässlich. Damit kommt die notwendige Unterstützung leichter und schneller bei den Betroffenen an. Gerne kann sie auch mittels Chat-Nachricht auf Social-Media-Plattformen verbreitet werden. Außerdem werden wir die Erziehungsberatung weiter stärken und dafür sorgen, dass sich die Fachkräfte noch enger mit Kitas, Schulen und Kliniken vernetzen und dort Sprechstunden anbieten können. Wir haben deshalb bereits ein Antragspaket zum Kinderschutz eingebracht.

Um Familien in der Corona-Pandemie besser zu unterstützen, hat die Bundesregierung einen Kinderbonus von 300 Euro beschlossen. Der Kinderbonus wird bei den Leistungen nach dem SGB II, beim Kinderzuschlag und beim Wohngeld nicht als Ein-

kommen berücksichtigt. Auch beim Unterhaltsvorschuss wird der Kinderbonus nicht angerechnet. Er kommt damit bei Familien mit kleinem Einkommen zusätzlich an und ihnen zugute. Wenn das Einkommen nicht für die ganze Familie reicht, können Erziehungsberechtigte zusätzlich zum Kindergeld einen Kinderzuschlag erhalten. Der Kinderzuschlag beträgt für jedes Kind monatlich 185 Euro.

Eine weitere Unterstützung ist ein kostenloses Mittagessen auch bei Schul- und Kitaschließungen für Kinder aus sozial schwachen Familien. Für Familien, die existenzsichernde Leistungen beziehen, wirkt sich die Schließung von Schulen und Kitas eben leider auch auf die Verpflegung ihrer Kinder aus. Mit einer Gesetzesänderung wurde sichergestellt, dass die Kinder ein kostenloses Mittagessen bekommen, und zwar egal ob sie in der Schule, in der Kita oder aber zu Hause sind. Konnten Eltern aufgrund der Betreuungsverbote die Betreuung in den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege nicht in Anspruch nehmen, sprang der Freistaat Bayern gleichwohl für alle anfallenden Beiträge ein. Dies betraf die Monate April bis Juni. Damit werden auch die Einrichtungsträger unterstützt, die auf die Erhebung der Elternbeiträge für die nächsten drei Monate verzichten. Dafür wendet der Freistaat Bayern rund 170 Millionen Euro auf. Auch die Trägerverbände und die kommunalen Spitzenverbände haben dieses Konzept einhellig begrüßt. Kritik kommt nur von Ihrer Seite.

Auch die soziale Infrastruktur ist natürlich von der Pandemie betroffen. Diese Einrichtungen sind gerade in Krisenzeiten von unschätzbarem Wert. Deshalb haben wir schon im April zur Unterstützung des sozialen Bereichs unser "Programm Soziales" aufgesetzt. Jugendherbergen, Schullandheime, Jugendbildungsstätten und Familienferienstätten waren lange geschlossen und hatten Einnahmeausfälle. Deshalb haben wir sie zeitweise mit einem Betrag in Höhe von 60 % der entfallenen Einnahmen entschädigt. Weil auch zahlreiche kleinere Träger in unterschiedlichen Bereichen in ihrer Existenz gefährdet sind, hat unser Programm auch hierfür Notmaßnahmen vorgesehen. Daneben gibt es das Sonderprogramm "Kinder- und Jugendbildung, Kinder- und Jugendarbeit" des Bundes. Damit werden 100 Millionen Euro für Einrichtungen der

Kinder- und Jugendbildung und der Kinder- und Jugendarbeit zusätzlich bereitgestellt, die wegen der Corona-Pandemie in existenzielle Notlagen geraten sind.

Wir unterstützen weiterhin Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Kleinunternehmer und Solo-Selbstständige, die das wirtschaftliche Überleben ihrer Familie sichern müssen. Die im März eingeführten Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld laufen eigentlich Ende 2020 aus. Wir wollen sie verlängern, weil die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten angesichts der COVID-Pandemie unsicher ist. Die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 70 % bzw. 77 % ab dem vierten Monat und auf 80 % bzw. 87 % ab dem siebten Monat für alle Beschäftigten, deren Anspruch auf Kurzarbeitergeld bis März 2021 entstanden ist, soll bis Ende des Jahres 2021 verlängert werden.

Wer pandemiebedingt in Not gerät, hat auch im kommenden Jahr einen vereinfachten Zugang zur Grundsicherung. Diese Regelung wurde bis 31. März nächsten Jahres verlängert. Damit wollen wir insbesondere Kleinunternehmer, Solo-Selbstständige und Beschäftigte mit kleinem Einkommen unterstützen, die vorübergehend von erheblichen Einkommenseinbußen betroffen sind.

Auch im kommenden Jahr werden wir unter anderem die Vermögensprüfungen nur eingeschränkt durchführen, die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung übernehmen und vorläufige Leistungen vereinfacht bewilligen. Wer ab dem 1. März bis einschließlich 31. Dezember dieses Jahres einen Neuantrag auf Leistungen der Grundsicherung stellt, für den entfällt für die ersten sechs Monate die Vermögensprüfung.

Meine Damen und Herren, in dieser noch nie dagewesenen Notlage haben wir gemeinsam – Staatsregierung, Landtag und auch der Bund – verantwortungsvoll gehandelt. Wir haben bis heute alle notwendigen Entscheidungen getroffen, um die Pandemie in den Griff zu bekommen. Dabei haben wir gleichzeitig unsere Aufgabe, ein sozialer Staat zu sein, erfüllt. Wir haben auf die Familien, die Kinder und Jugendlichen

und auch auf diejenigen, die in eine existenzbedrohende Situation geraten sind, geachtet und helfen ihnen als Solidargemeinschaft kraftvoll. Gemeinsam werden wir diese zentrale Aufgabe unserer Zeit meistern. Ich rufe alle in diesem Hohen Haus auf: Stellen wir unser eigenes Licht nicht unter den Scheffel! Wir haben in den letzten Monaten Massives geleistet. Gemeinsam mit der Staatsregierung und auch dem Bund, vor allem aber auch hier im Hohen Haus haben wir viel geleistet, und darauf, glaube ich, dürfen wir stolz sein. Abschließend sage ich noch einmal: Danke an unsere bayerische Bevölkerung dafür, dass sie alle diese Maßnahmen mitgetragen und ihnen zu ihrem Erfolg verholfen hat. Gemeinsam gegen Corona!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat für die AfD-Fraktion der Kollege Jan Schiffers das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! "Ein Netz, das trägt: Solidarisch durch den Lockdown", ein Titel, der stutzig macht. Geht der Lockdown, der euphemistisch auch Lockdown light genannt wird, mit Solidarität überhaupt zusammen? Oder ist das nicht die Quadratur des Kreises?

Vergegenwärtigen wir uns doch kurz die aktuelle Situation. Vor allem für Menschen, die aufgrund einer Behinderung keine Maske tragen dürfen, ist die gegenwärtige Situation schwer erträglich. Diese Menschen sind täglichen Gängelungen ausgesetzt, werden in Geschäften angefeindet und dürfen dort zum Teil gar nicht einkaufen. Leider sind aber auch hier im Landtag schon Anfeindungen von Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen keine Maske tragen können, vorgekommen. Ich kenne zum Beispiel auch den Fall einer Bürgerin aus Erlangen, die nicht mehr mit den Stadtbussen mitgenommen wird, obwohl sie behindert ist, eine Maske nicht tragen kann und dafür auch ein ärztliches Attest hat.

Weiterhin bestehen massive Einschränkungen der Reisefreiheit. Weiterhin werden Geschäfte und Restaurants wissentlich in den Ruin getrieben, werden Schüler durch sinnlose Lüftungsmaßnahmen beim gleichzeitigen Tragen von Masken dazu genötigt, dicke Jacken, Schals und möglicherweise sogar Handschuhe zu tragen.

Ältere Menschen sind von dieser wirklich schlimmen Situation, die durch den Lockdown massiv verschärft wurde, natürlich besonders betroffen. Viele ältere Menschen trauen sich, obwohl es dringend erforderlich wäre, nicht mehr zum Hausarzt oder Zahnarzt, geschweige denn ins Krankenhaus. Kranke Menschen werden nicht behandelt oder operiert, alte Menschen verzweifeln, weil sie seit Monaten ihre sozialen Kontakte nicht mehr in gewohntem Maß wahrnehmen und ihre Familienmitglieder zum Teil nicht sehen können.

Noch mal zum Titel "Ein Netz, das trägt: Solidarisch durch den Lockdown": Was ist Solidarität? Anders gesagt: Was ist unsolidarisch? – Meiner Meinung nach ist es komplett unsolidarisch, ein gesellschaftliches Klima der Angst zu verbreiten, kritische Bürger, die für ihre Rechte auf die Straße gehen und von ihrem Recht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch machen, zu verunglimpfen.

(Beifall bei der AfD)

Es ist unsolidarisch, die Menschen dazu anzuhalten, sich gegenseitig zu denunzieren. Das ist komplett unsolidarisch.

(Beifall bei der AfD)

Die Kollegin Schulze hat vorhin geäußert, der Lockdown sei richtig und wichtig. Das komplette Gegenteil ist der Fall. Der Lockdown ist grundfalsch und unsolidarisch.

Natürlich ist es richtig und wichtig, COVID 19 mit dem angemessenen Ernst zu begegnen und auch entsprechend sinnvolle und verhältnismäßige Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehören zum Beispiel der Schutz von Risikogruppen, sinnvolle Teststrategien

und in einem gewissen Rahmen natürlich auch gegenseitiges Rücksichtnehmen. Das ist selbstverständlich und wird von uns auch nicht infrage gestellt.

Das beste Netz, das trägt, ist jedoch eine intakte Gesellschaft mit einem intakten Sozialleben. Diese intakte Gesellschaft und dieses intakte Sozialleben, das wir hatten, werden durch die Maßnahmen der Staatsregierung massiv beeinträchtigt.

(Beifall bei der AfD)

Es ist bedauerlich, dass die Staatsregierung ja sehr "fortschrittlich" dabei ist, all diese von mir angesprochenen Punkte zu betreiben und diese intakte Gesellschaft zu ruinieren. Erschreckend ist, dass die GRÜNEN das Ganze noch toppen wollen.

Ich komme zum Ende. Die sofortige Aufhebung des sogenannten Lockdowns wäre ein Akt der Vernunft, ein Akt der Menschlichkeit und ein Akt der Solidarität. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat der Kollege Dr. Fabian Mehring für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Corona stellt deshalb die größte globale Herausforderung der Nachkriegszeit dar, weil sich diese Pandemielage durch mindestens zwei Spezifika von allen anderen Krisenlagen der jüngeren Vergangenheit unterscheidet. Das sind zwei Spezifika, die unmittelbar auf das Thema der heutigen Aktuellen Stunde und auf das Erfordernis gesamtgesellschaftlicher Solidarität, gesamtgesellschaftlichen Schulter-schlusses verweisen.

Das eine Spezifikum dieser besonderen Pandemielage besteht darin, dass Corona uns alle trifft. Es besteht darin, dass Corona – anders als etwa die Flüchtlings- und Asylkrise – nicht nur eine bestimmte Gruppe von Menschen betrifft. Es besteht darin,

dass Corona – anders als die Weltwirtschaftskrise – nicht besonders die Armen oder die Reichen betrifft, besteht darin, dass Corona nicht zwischen Mann und Frau, zwischen Jung und Alt unterscheidet. Kolleginnen und Kollegen, nein, Corona trifft uns alle gleichermaßen. Corona trifft uns alle unmittelbar.

Das zweite Spezifikum von Corona besteht darin, dass niemand in der Lage ist, sich selbst – individuell, persönlich und ganz alleine – dieser Pandemie zu entziehen. Niemand kann Corona alleine die Stirn bieten, ganz im Gegenteil: Es ist nötig, dass wir im Wortsinne das üben, was im Duden als "Solidarität" definiert ist: unbedingter Zusammenhalt mit jemandem aufgrund der gleichen Ziele. "Solidarität" ist also unbedingter Zusammenhalt von allen Menschen in Bayern, ist der Zusammenhalt von denjenigen, die Zweifel haben, mit denjenigen, die vorsichtiger sind, von denjenigen, die gerne mitmachen, mit denjenigen, die sich etwas schwerer tun. Das ist unbedingter Zusammenhalt aufgrund des gemeinsamen Ziels, unsere gemeinsame Heimat bestmöglich durch diese Pandemie zu bringen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man so will, dann ist die Lage – ob einem das gefällt oder nicht – so: Auf der einen Seite stehen die Menschen, steht das "Team Bayern". Auf der anderen Seite steht dieses Virus, steht diese Pandemie. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind nur gemeinsam in der Lage, Corona die Stirn zu bieten.

Ich will in dieser Aktuellen Stunde deshalb mindestens zwei Gedanken in den Raum stellen. Es liegt mir zum einen am Herzen, darauf hinzuweisen, dass wir nach fester Überzeugung der FREIEN WÄHLER schon einigen Grund dazu haben, stolz auf dieses Team Bayern, ja dankbar für all das, was da in gemeinsamem Einsatz zur Eindämmung dieser Pandemie stattfindet, zu sein. Ich will daraus zum anderen aber schon auch eine Schlussfolgerung ableiten. Das ist eine Schlussfolgerung an die Adresse all derjenigen, die sich außerhalb dieses Konsenses stellen, die nicht bereit sind, solidarisch zu sein, und die sich neben das stellen, was wir alle, was die gewaltige Mehrheit unserer Gesellschaft gegen diese Pandemie auf den Weg zu bringen versucht.

Kolleginnen und Kollegen, zunächst zum Stolz und zum Dank. Wir haben allen Grund, auf die Menschen in Bayern und auf diejenigen, die unbedingten Zusammenhalt üben, stolz zu sein. Ich denke beispielsweise an die Hunderttausende von Menschen, die dieser Tage, damit Bayern gut durch die Pandemie kommt, in ihrem Job deutlich mehr als ihre Pflicht tun. Ich denke nicht nur an diejenigen, die in der öffentlichen Wahrnehmung stehen – die Ärzte, die Pfleger und Labore –, sondern auch an die stillen Helden dieser Krise, beispielsweise an unsere bayerischen Beamten, die Erzieherinnen in unseren Kitas und an viele mehr, die in ihrer täglichen Arbeit Solidarität, ja unbedingten Zusammenhalt üben. Wir können stolz auf den unbedingten Zusammenhalt in den Schulen sein, stolz auf die bayerischen Lehrerinnen und Lehrer, die erheblich mehr als ihre Pflicht tun, auf die Eltern und Familien, die mitmachen und Flexibilität zeigen, und stolz auf die Schüler, die sich an Regeln halten.

Lieber Herr Staatssekretär Roland Weigert, wir können stolz auf die bayerische Wirtschaft, die sich solidarisch zeigt, sein. Derzeit schließen in der bayerischen Wirtschaft Teile, damit andere Teile offen bleiben können. Wir können auch auf den Freistaat Bayern stolz sein, der Wirtschaftshilfen gibt, um das möglich zu machen und um diejenigen, die solidarisch sind, zu entschädigen. Wir können auf das Ehrenamt in Bayern stolz sein, das sich in Solidarität übt. Wir können stolz auf all das sein, was bei den Vereinen und auch bei der Nachbarschaftshilfe im Großen wie im Kleinen geschieht. Kolleginnen und Kollegen, wir können auch stolz auf jeden Einzelnen von uns und auf dessen Beitrag zum Team Bayern sein, können stolz sein auf all die Menschen, die sich an die Regeln halten, und auch stolz sein auf all die Menschen, die bereit sind, Verzicht zu leisten und ihre Hobbys und Interessen vorübergehend zurückzustellen, auf Kunst, Kultur und Sport zu verzichten. Sie verzichten darauf, weil wir ein gemeinsames Ziel haben, das wir nur gemeinsam meistern können: dieser Pandemie die Stirn zu bieten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da leistet das Team Bayern, da leisten die Menschen im Freistaat, da leistet auch die Politik, die sich über alle Ebenen hinweg –

von der Kommune über die Gesundheitsämter bis hin zum Europäischen Parlament – geschlossen zeigt, Großartiges. Das Europäische Parlament beschafft gemeinsam Impfstoffe. Im Bundestag sind im Interesse des Konsenses die Grenzen der Parteien und der Länder außer Kraft. Das Team Bayern und das Team Deutschland leisten hier Großartiges. Wir haben als Bayerischer Landtag allen Grund dazu, darauf ausdrücklich stolz zu sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aktuelle Stunde ist eine Gelegenheit für den Bayerischen Landtag, allen, die dazu beitragen, der überwältigenden Mehrheit der Menschen in unserem Land von Herzen Vergelts Gott zu sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich meine aber, dass wir, weil das so ist und damit wir angesichts von Verschwörungstheorien, angesichts von Aluhüten und Regelbrechern auf Demonstrationen bestehen können, neben diesem Dank und diesem Solidarischsein noch stärkeren Mut und die Überzeugung aufbringen müssen – das wird die Aufgabe der nächsten Wochen und Monate sein –, klare Kante zu zeigen. Wir müssen selbstbewusst gegenüber denjenigen auftreten, die sich außerhalb dieses Konsenses der überwältigenden Mehrheit unserer Gesellschaft stellen. Es ist nötig, Kolleginnen und Kollegen, kein falsches Toleranzverständnis anzulegen. Es ist nötig, kein falsches Verständnis vermeintlicher demokratischer Werte anzulegen, Herr Kollege Hahn. Ich bin fest davon überzeugt: Wenn wir gegen diese Pandemie bestehen wollen

(Zuruf)

und wenn wir nicht wollen, was Sie wollen, nämlich, dass diese Gesellschaft auseinanderdriftet, dann wird es nötig sein, Verschwörungstheoretikern, Extremisten und Aluhüten, denen, die sich neben diesen Konsens stellen, denen, die in Leipzig demonstrieren und Regeln gebrochen haben, mindestens zwei Dinge klar zu sagen. Wir werden ihnen klar sagen müssen – ich sage es auch Ihnen, Herr Prof. Hahn –, dass Demokratie eben nicht bedeutet, dass die überwältigende Mehrheit der Vernünftigen gezwungen wäre, sich von einer lauten Minderheit auf der Nase herumtanzen zu lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Ich sage Ihnen auch, Kollege Hahn, dass Meinungsfreiheit nicht heißt, dass Einzelne das Recht haben, ihre Schere anzulegen an dieses Netz, das uns alle gemeinsam trägt. Ganz im Gegenteil: Wir müssen dieser lauten Minderheit, die da in Leipzig unterwegs war, und auch anderen, die sich denen anschließen, und Ihnen von der AfD ganz deutlich sagen: Ihr seid nicht das Volk! In einer Demokratie ist die Mehrheit das Volk, und nicht die Minderheit, weil Sie laut schreit.

(Zuruf)

Ihr seid nicht das Volk! Wir sind das Volk, die große geschlossene Mehrheit der Bayern im Kampf gegen diese Pandemie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gilt leider – wir erleben es zur Stunde wieder – nicht nur außerhalb des Parlaments, das gilt auch im Bayerischen Landtag. Wir müssen diese klare Kante – das ist unser Auftrag als Demokratinnen und Demokraten – zeigen und sie mutig aussprechen gegenüber denjenigen, die politische Ratentfängerei betreiben, indem sie versuchen, Kapital aus dieser Krise zu schlagen. Auch das müssen wir mit klarer Kante zurückweisen, Herr Prof. Hahn.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Da bringt es auch nichts, wenn Sie dazwischenrufen, weil ich Sie mit Ihren eigenen Worten widerlegen werde, indem ich Sie nämlich zitiere. Am 19.03. brachten Sie vor diesem Hohen Haus in Ihrer Plenarrede zum Ausdruck:

Für uns alle hier

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Hören Sie wenigstens Ihrem eigenen Zitat zu!

sollte momentan eines von primärer Wichtigkeit sein, nämlich die Gesundheit der Bevölkerung. [...] Wir müssen diesen Weg weitergehen, wenn er Erfolg haben soll.

Das haben Sie am 19.03. gesagt, Herr Prof. Hahn! Und heute sprechen Sie in Ihrem Dringlichkeitsantrag von einer "vermeintlich pandemischen Lage", einer "vermeintlich pandemischen Lage" in einer Zeit, in der 1,5 Millionen Familien auf dieser Erde um ihre Angehörigen trauern und in der Tausende Menschen in der Bundesrepublik auf Intensivstationen liegen, zum Teil beatmet werden und um ihr Leben kämpfen. In dieser Phase sprechen Sie von einer "vermeintlich pandemischen Lage". Dann muss man solchen geistigen Brandstiftern ganz klar sagen: Herr Kollege Hahn, Sie und Ihre Fraktionskollegen sind keine Patrioten! Sie sind die Verräter an den Menschen, die diese Nation ausmachen. Ja, Herr Hahn: Jeder Faschingsprinz, der gestern am 11.11. aufs Feiern verzichtet hat,

(Zuruf)

hat im kleinen Finger mehr Patriotismus als Sie in Ihrer gesamten Fraktion bei der Art und Weise, wie Sie agieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vielleicht überlegen Sie sich deshalb mal, Herr Hahn, warum die Mehrheit Ihrer eigenen Anhänger laut "SAT.1 Bayern Wählercheck" unsere Politik unterstützt und nicht Ihre. Vielleicht denken Sie mal darüber nach – weil es Sie vorhin gestört hat, als ich den Zusammenhang zwischen "Hahn" und "krähen" hergestellt habe –, dass ich immer wieder einen Gedanken habe. Es steht im Johannes-Evangelium: Ehe der Hahn kräht, wird es zu einer dreifachen Verleugnung kommen.

(Zuruf)

Mir kommt es so vor, als wäre es 2.000 Jahre später im Bayerischen Landtag immer noch so: Wann immer der Hahn spricht, kommt anschließend Realitätsverweigerung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns also diesen Weg weitergehen, weil er nötig ist und weil wir nur so gegen diese Pandemie bestehen können. Lassen Sie uns erstens solidarisch sein; lassen Sie uns bei aller Notwendigkeit der politischen Debatte unbedingten Zusammenhalt miteinander üben. Lassen Sie uns aber zweitens eines in Zukunft stärker tun als in der Vergangenheit: Lassen Sie uns klare Kante gegen Solidaritätsverweigerer zeigen. Solidarität kann nur auf Dauer bestehen und auf Dauer gegeben sein, wenn wir denjenigen, die die Solidarität brechen, klare Ansagen machen. Dafür will ich heute genauso werben wie für die Solidarität. Denn nur dann wird es gelingen, dass unsere Heimat diese Pandemie meistert. – Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt der Kollegin Rauscher das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Solidarisch durch den Lockdown über ein tragendes Netz" – durchaus ein sehr schönes Bild. Ein Netz ist ein Gebilde aus geknüpften Schnüren, das trägt. Solidarität bedeutet "füreinander einstehen und eintreten". Beides ist in diesen Zeiten unerlässlich. Deshalb steht genau das für uns als SPD-Landtagsfraktion schon seit Langem im Zentrum unserer politischen Aktivitäten und Initiativen – bereits vor Corona, und jetzt umso mehr.

Doch noch immer hat die Staatsregierung keine umfassende Strategie, die über zwei Wochen hinausginge und Sicherheit für alle Lebensbereiche bieten würde. Wir müs-

sen endlich alle, von der Wirtschaft über die Kultur und die sozialen und öffentlichen Einrichtungen bis zur Familie, umfänglich auffangen, vorrangig die, die ganz besonders von der Pandemie betroffen sind. Denn wir haben eine Zunahme der sozialen Ungerechtigkeit, eine steigende Arbeitslosigkeit, ein Gesundheitswesen, das an seine Grenzen stößt, verschlechterte Bildungschancen, eingeschränkte soziale Kontakte, steigende Gewalt und vieles mehr. Oberstes Ziel muss also sein, alle mitzutragen. Es kommt darauf an, Perspektiven und Chancen zu schaffen, damit die Menschen zuversichtlich nach vorne blicken können.

(Beifall bei der SPD)

Nur so wird Solidarität in unserer Demokratie glaubhaft sichtbar. Das heißt auch, die Staatsregierung muss dafür Sorge tragen, dass die Bundeshilfen schnell und unbürokratisch ankommen; denn es ist enorm, was der Bund in diesen Tagen leistet.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung darf sich nicht darauf ausruhen, sondern hat die Bundeshilfen durch passgenaue Landesmittel zu ergänzen. Zudem dürfen Hotels, Restaurants oder Theater nicht mehr diejenigen sein, die immer wieder den Kopf hinhalten müssen und kurzfristig über Wochen geschlossen werden – ohne Perspektive trotz Hygienekonzepten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb hatten wir als SPD in unserem Dringlichkeitsantrag bereits vor knapp zwei Wochen eine umfassende Evaluation angemahnt, die in den kommenden Tagen unbedingt erfolgen muss. Ansonsten riskieren wir auch hier soziale Schieflagen. Die lang versprochene Teststrategie im Gesundheitsbereich fehlt noch immer. Alten- und Pflegeheime oder Krankenhäuser, die dortigen Besucherinnen und Besucher und auch Schülerinnen und Schüler in Quarantäne müssen prioritär getestet werden. Diese sollten nach einem zweiten negativen Test gleich zurück in die Schule dürfen; denn dass

die Staatsregierung eine ausreichende Digitalisierung für Homeschooling verpasst hat, ist mehr als deutlich geworden. Auch das ist ein gravierendes soziales Defizit. Es fehlt noch immer an Internetverbindungen, technischer Ausstattung und Konzepten. Noch viel wichtiger wäre jedoch ausreichend Personal. Eine Prämie für bestimmte Angestellte in Schulen kann man machen, aber langfristig hilft das auch nicht weiter. Wenn Prämien verteilt werden, dann bitte gerecht. Was ist mit den Beschäftigten in den Kitas? Aber auch in der Kita wären mehr Personal, eine bessere Bezahlung und die notwendigen hilfreichen Unterstützungen hinsichtlich Hygienekonzepten noch viel wichtiger.

Immer wieder kommt im Zug dieser Debatte auch die Frage der Zuständigkeit auf. Kommunen sind aber finanziell oft die Hände gebunden. Sie sollen in diesen Zeiten finanzielle Hilfeleistungen übernehmen, ohne die Mittel dafür zu haben. Deshalb müssen wir die Kommunen dringend personell stärken und finanziell entlasten; denn häufig sind es genau die Kommunen, die unsere einzigartige soziale Infrastruktur mittragen. Wenn wir jetzt in der Notlage nicht prioritär in diese oftmals sozialen Strukturen investieren und sie bewahren, dann schaffen wir noch mehr Spaltung und Ungleichgewicht in der Gesellschaft. Das zu verhindern, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Solidarität.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen jetzt beginnen, ein festes, stabiles, längerfristiges Netz zu gestalten, weiter aufzubauen und vor allem fest zu verankern – mit klaren Rechtsgrundlagen, finanziellen Hilfen, dem Ankurbeln der Wirtschaft, einer Stärkung der Gemeindefinanzen, einer perfekten Ausstattung der Schulen und Kindertageseinrichtungen, dem Augenmerk auf den Risikogruppen, der Stärkung der Krankenhäuser, Pflegeheime und anderer Einrichtungen; gemeinsam, sozial gerecht und solidarisch, und zwar mit Tempo. Die Zeit ist kostbar.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht der Kollege Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion.

Matthias Fischbach (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es richtig, dass wir uns heute hier mit den sozialen Auswirkungen des Lockdowns beschäftigen. Wichtig ist dabei der Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Welle. Die Art der Maßnahmen hat sich geändert. Die Kenntnis über das Virus hat sich erweitert. Wir wissen auch deutlich mehr über die sozialen Auswirkungen. Entscheidend ist, dass wir aus diesen Erfahrungen lernen. Ein ganz wesentlicher Aspekt ist diesmal anders gelagert: die Bildung.

In der ersten Welle waren alle Schulen über Monate hinweg geschlossen und wurden danach langsam wieder geöffnet. Das hatte zur Folge, dass gerade sozial Schwache mit der Lage stark zu kämpfen hatten. Das Lernen zu Hause hing sehr stark auch von den Umständen zu Hause ab. Die jeweilige Schule konnte aus der Ferne manchmal nur begrenzt zur Verbesserung der Umstände beitragen.

Das ifo Institut hat analysiert: Die Zeit, in der sich die Kinder während des Lockdowns mit schulischen Aktivitäten befasst haben, hat sich im Mittel mehr als halbiert. Das heißt, wir können uns vorstellen, was das in Extremfällen bedeutet hat, nämlich dass sich die Zeit für schulische Aktivitäten mehr oder weniger minimiert hat. Viele Kinder sind beim Unterrichtsstoff abgehängt worden. Später eingerichtete Brückenangebote, die auch mangels Personalausstattung nur einen Teil auffangen konnten, stehen in keiner Relation zu dem, was es bedeutet, wenn jemand zum Beispiel mangels digitaler Ausstattung von der Unterrichtsversorgung komplett abgeschnitten war.

Hinzu kommt als weiterer Aspekt die nicht immer wenig angespannte soziale Situation in Familien; familiäre Konflikte treten zu Hause vermehrt auf. Im einfachen Fall betraf es das Homeoffice; die Eltern waren davon gestresst, sich auch noch um die Kinder kümmern zu müssen, wenn es schon Probleme mit der Internetverbindung und so weiter gab. Wir können uns aber auch vorstellen, was das im Extremfall an Eskalation,

sozialen Konflikten und häuslicher Gewalt bedeutet – Berichte darüber gibt es leider genug.

Deshalb ist es verständlich, dass in der zweiten Welle eine andere Devise gilt. Das Motto der Regierung lautet – ich nenne das mal etwas überzogen –: Präsenzunterricht um jeden Preis. Das geht sogar so weit, dass der Dreistufenplan kürzlich beerdigt worden ist, der eigentlich bei einer Inzidenz über 50 mehr Abstände und damit auch Wechselunterricht im Regelfall vorgesehen hat. Ich stelle die Frage, ob das auf Dauer trägt, wenn wir sagen: Gesundheitlichen Risiken können wir nur mit der Pflicht, Alltagsmasken zu tragen, entgegenwirken, um dann die sozialen Risiken zu vermeiden.

Ein Netz, das trägt, muss im Kampf gegen die sozialen Risiken auch weitere Aspekte berücksichtigen. Wenn wir Präsenzunterricht wollen, dann müssen wir auch sicherstellen, dass der so sicher wie möglich durchgeführt wird. Aus meiner Sicht ist es unverständlich, dass das Kultusministerium zum Beispiel im neuen Rahmen-Hygieneplan praktisch ein Verbot von Trennwänden vorsieht. Sie alle sehen hier, dass wir im Bayerischen Landtag im Plenum und in den Ausschüssen auf Trennwände setzen. Dieser Schutz gegen direkte Infektionen ist in den Schulen aber verboten.

Genauso ist es für mich unverständlich, warum zum Beispiel das Programm für Raumluftreiniger mit so vielen Vorschriften beschnitten worden ist, dass nur ganz wenige Klassenzimmer überhaupt infrage kommen. Es reicht nicht zu sagen, die finanziellen Mittel seien ausgedehnt worden, wenn am Ende die Anspruchsgrundlage reduziert wurde. Wir werden mit der Devise "Jacke an und lüften" wahrscheinlich nicht gut durch die kalten Wintermonate kommen. Aus meiner Sicht ist es, wenn man an die meisten Raumkonstellationen und an Wintertemperaturen denkt – wir werden Minusgrade haben –, illusorisch zu glauben, es werde dann ausreichend gelüftet, um die Aerosolbelastung ausreichend zu senken.

Aus meiner Sicht braucht es eine deutliche Ausweitung der Förderprogramme, um die Klassenzimmer flächendeckend zu sichern. Beim Lüften und der Luftreinigung gibt es

kein Entweder-oder, sondern sie müssen bei der Virusbekämpfung Hand in Hand gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Da gibt es viele weitere Punkte. Leider liegt auch bei der Digitalisierung der Schulen noch vieles im Argen; viele Programme sind noch nicht auf dem Weg, auch wenn sie angekündigt worden sind.

Diese Investitionen in unsere Bildungseinrichtungen sind zum einen mehr als überfällig, vor allem aber sind sie auch eine soziale Investition. Der Schutzraum Schule sollte wieder das sein, was er schon immer für die Kinder war. Die sozialen Risiken werden am Ende nicht vermieden, wenn viele Schülerinnen und Schüler ungeordnet und mit entsprechenden Konflikten in Quarantäne sind. Wir brauchen Sicherheit an den Schulen.

Der Lockdown betrifft noch viele weitere Bereiche. Die Kollegen haben schon angesprochen: Zu fragen ist, ob die Hilfsprogramme, die hier heute angekündigt bzw. wiederholt angekündigt und jetzt schnell zusammengeschustert worden sind, ausreichen oder ob sie nicht an vielen Stellen nachgebessert werden müssen. Ich verweise exemplarisch auf unseren zweiten Dringlichkeitsantrag, den wir zur heutigen Sitzung eingereicht haben. Wir müssen viele Fragen noch klären. Viele Probleme sind jedoch noch nicht absehbar oder werden erst langfristig erkennbar; deshalb werden wir vieles erst im Nachhinein besser überblicken, was durch die Freiheitseinschränkungen ausgelöst wird. Deswegen gilt es ganz klar, die richtige Balance zu finden, die sozialen Folgen auch über den Monat des Lockdowns hinaus im Blick zu behalten; denn auch die Folgezeit ist wichtig.

Wir müssen den Lockdown jetzt aber evaluieren – ich verweise auf die Ministerpräsidentenkonferenz –, und ich schließe mit dem folgenden Satz: Das Netz, das wir spannen, muss nicht nur für die Zeit des jetzigen Lockdowns tragen, sondern deutlich darüber hinaus.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat der fraktionslose Kollege Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kollegen, liebe Mitbürger! Solidarität ist ein strapazierender und strapazierter Begriff, der, wie die Debatte zeigt, Einhelligkeit vermissen lässt; sie wird mehr herbeigeschrieben als gelebt, mehr herbeigelobt als gewollt. Dieser Begriff ist leider im Wandel politischer Beliebtheit abstrus geworden.

Die Medizinethikerin und Vorsitzende des Deutschen Ethikrates Alena Buyx von der TU München sieht im Volk prinzipiell keine Abkehr von diesem Solidaritätsgedanken und -verhalten. Sie sieht aber eine deutliche Regionalisierung der Solidarität auf die Hotspots, also dort, wo es einleuchtend ist, wo sie augenscheinlich für jeden von uns angebracht ist, um die Corona-Gefahr mit ihr zu bekämpfen.

Die Solidaritätsforderung ist aus meiner Sicht eine aus der Moralethik abgeleitete Verhaltensanweisung, um extrinsisch gewolltes Verhalten zu indoktrinieren, so wie das bei uns in Bayern jetzt geschieht. Die Ausuferung einer Solidaritätspflicht ist sozialpsychologische Manipulation der individuellen Freiheitsbildung, die immer dort einsetzt, wo die Begründung etwa der Daseinsvorsorge versagt und gescheitert ist. Meine Damen und Herren, das Beispiel Vermummung zeigt uns das. Ist es besser geworden? – Die Zahlen zeigen uns heute: Nein. Wie die rot-grüne Argumentation zeigt, ist Solidarität als Instrument der sozialen Kontrolle dem radikalen Sozialismus zuzuordnen, degradiert den Menschen zu bloßen Objekten der Staatsmacht und macht sie nicht zu Brüdern und Schwestern im Geiste mit Zuwendung, Vorsicht und Rücksicht für andere.

Das Verfassungsrecht als normativer Ordnungsfaktor gibt die Einforderung solidarischen Verhaltens zur Erduldung grundrechtssuspendierender Maßnahmen nicht her, weil nicht die individuelle Freiheitsentfaltung, sondern die staatliche Freiheitsbeschrän-

kung rechtfertigungsbedürftig ist. Für das Gemeinwohl haftet der Bürger nicht per se, sondern nur, wenn ein Beschränkungs vorbehalt im Grundrecht mit enthalten ist, wie etwa "Eigentum verpflichtet".

Diese pauschalisierte Solidarität, wie sie die GRÜNEN hier fordern, ist deshalb ebenso wie der Traum vom staatssolidarischen Lockdown abzulehnen. Mein Rat an die Staatsregierung, vermehrt Ansteckungen in Kauf zu nehmen, ist zu Ende gedacht. Das wäre dem Gemeinwohl dienlicher, weil damit eine Steigerung des Gemeinschafts in folge wissenschaftlich nachgewiesenen Herdenimmunität einhergeht.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Verehrte Staatsregierung, ich hoffe, dass Sie das noch lernen; notfalls müssen Sie es über die Wahlurne lernen.

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Petra Högl für die CSU-Fraktion das Wort.

Petra Högl (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie stellt uns weiterhin vor große Herausforderungen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die diese Herausforderung annehmen und bei den erforderlichen Maßnahmen mitmachen. Die erforderlichen Maßnahmen bedeuten nämlich harte Einschnitte. Ich möchte hier auf drei Personengruppen eingehen, die besonders von den Beschränkungen betroffen sind: Das sind die Frauen, die Menschen mit Behinderung und ältere Menschen.

Erinnern wir uns an die Ausnahmesituation im Frühjahr: Die Schulen und auch viele – die meisten – Kindertageseinrichtungen waren geschlossen. Es waren und sind oftmals die Frauen, die dann das Familienleben in der Krise gemanagt und den Laden am Laufen gehalten haben. Jede vierte Frau hat ihre Arbeitszeit reduziert, um sich um die Betreuung der Kinder und um die Pflege von kranken und betagten Familienangehörigen zu kümmern.

Auch in vielen systemrelevanten Berufen, etwa in der Alten- und Krankenpflege, sind Frauen oft besonders engagiert. Sie waren und sind hier eine unverzichtbare Stütze. Ich freue mich deshalb sehr, dass das große Engagement der Beschäftigten in der Pflege eine stärkere finanzielle Anerkennung erhält. Bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen konnten erst kürzlich deutliche Gehaltssteigerungen sowie Zulagen für Pflegekräfte erreicht werden. Dies ist ein erster wichtiger Schritt, dem weitere folgen sollten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer sehr wichtiger Punkt ist der Schutz von Frauen, Kindern und Jugendlichen. Die durch die Corona-Pandemie notwendigen Einschränkungen waren und sind für viele Menschen eine große Belastung. Solche Belastungen können in Einzelfällen leider auch in physische und psychische Gewalt münden. Daher müssen wir den Schutz von Frauen, Kindern und Jugendlichen als gesamte Gesellschaft immer im Blick haben. In Bayern haben wir das "Bayerische Gesamtkonzept zum Kinderschutz" und auch Maßnahmen zum Gewaltschutz und zur Gewaltprävention. Der Freistaat und die Kommunen haben diese Konzepte über mehrere Jahre erarbeitet, aufgebaut und ausgebaut. Wir wollen diese Struktur dort weiterentwickeln und verstärken, wo es notwendig und angezeigt ist.

Ich bin den Staatsministerinnen Kerstin Schreyer und Carolina Trautner sehr dankbar, dass sie das Thema Gewaltschutz in den vergangenen Jahren massiv nach vorne gebracht haben. So wurden etwa die staatlichen Haushaltsmittel für das Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder im Doppelhaushalt 2019/2020 um 16 Millionen Euro aufgestockt. Damit wurden und werden unter anderem die bedarfsgerechte Erhöhung der Zahl der Frauenhausplätze in Bayern und die Ausstattung der Notrufe vorangetrieben. Darüber hinaus hat die Staatsregierung schnell und unbürokratisch zusätzliche Gelder bereitgestellt, um die Mehraufwendungen in der Corona-Pandemie zu schultern. Der Freistaat unterstützt hierbei seine Träger bei höheren Personalkosten und beim Ausbau von digitalen Kommunikationswegen, um betroffenen Frauen einen niederschweligen Zugang zu Hilfs- und Beratungsangeboten zu ermöglichen.

Der Freistaat ist und bleibt auch weiterhin ein zuverlässiger Partner für die Hilfseinrichtungen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch für Menschen mit Behinderung und deren Familien bedeuten die getroffenen Corona-Maßnahmen harte Einschnitte. Umso wichtiger ist es für uns, dass wir diesen Personenkreis verstärkt im Blick haben. Rückblickend war es angemessen, die Einrichtungen für Menschen mit Behinderung vorübergehend zu schließen. Vergessen wir bitte nicht, dass es in den Einrichtungen viele Menschen mit chronischen Erkrankungen gibt. Daher standen und stehen für die Staatsregierung, so schwer auch manche Entscheidung sicherlich gewesen sein mag, das Leben und die Gesundheit dieser besonders schützenswerten Personengruppen stets an vorderster Stelle. Gleichzeitig hat sie auch die negativen Auswirkungen sozialer Isolation von Menschen mit Handicap stets im Blick gehabt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich auch noch auf die älteren Menschen eingehen. Unsere Seniorinnen und Senioren gehören zur Risikogruppe. Ihnen gegenüber wollen wir besonders solidarisch sein. Daher hat das Sozialministerium bereits im März mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Freien Wohlfahrt die gemeinsame Initiative "Unser Soziales Bayern: Wir helfen zusammen!" gegründet. Auch wir wollen, dass Besuche in Pflege- und Altenheimen sowie stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderung weiterhin möglich sind; denn wir wissen, dass soziale Kontakte gerade in dieser Zeit besonders wertvoll sind. Vertraute Gesichter, vertraute Stimmen, vertraute Menschen geben Kraft und Freude, um die Situation besser zu meistern.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin!

Petra Högl (CSU): Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat hat schon lange vor und unabhängig von Corona ein breites Netz gesponnen. Dieses breite Netz trägt vor allem die besonders schutzwürdigen Personen. Lassen Sie uns das Netz weiter verdichten und weiterspinnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste hat die Kollegin Triebel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als zu Jahresbeginn in meinem Heimatort zum ersten Mal die Corona-Infektion in Bayern festgestellt worden ist, hat sich niemand träumen lassen, dass COVID-19 ein Dreivierteljahr später unser aller Leben immer noch fest im Griff hat. Unsere Hauptaufgabe in diesem Pandemiejahr war und ist, Leben zu schützen und Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen in ihren Notlagen zu unterstützen. Besonders müssen wir hier auf unsere Kinder und Jugendlichen schauen.

Die Schulschließungen im Frühjahr waren notwendig, um die Pandemie in Schach zu halten. Doch mit den Schließungen ist klar geworden, dass Schule und Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen von zentraler Bedeutung sind. Wir GRÜNE betonen immer wieder: Schule ist nicht nur ein Ort von Wissensvermittlung, sondern sie bedeutet auch soziales Leben und Lernen, Freunde zu treffen, sich mit anderen auszutauschen, eine Tagesstruktur zu haben.

Und: Schule muss den Bildungs- und Erziehungsauftrag auch erfüllen, wenn der Ort Schule geschlossen ist. Deshalb haben wir von Anfang an dafür gekämpft, dass Schulen so lange wie möglich offen bleiben. Wir GRÜNE sind froh, dass es nun allgemeiner Konsens ist: Zu einem Lockdown der Bildung darf es nie wieder kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Bekenntnis für unsere Kinder und Jugendlichen ist das eine, vorausschauendes und entschlossenes Handeln das andere. Die Pandemie hat uns wie unter dem Brennglas gezeigt, woran es im Bildungssystem neben der Digitalisierung vor allem fehlt: an Bildungsgerechtigkeit. Die Bildungsschere ist noch weiter auseinandergegan-

gen. Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen werden in diesen Pandemiezeiten noch weiter abgehängt als sonst.

Hat Minister Piazzolo das gesehen und danach gehandelt? – Nein. Kinder und Jugendliche, die wir im letzten Schuljahr wenig bis gar nicht mehr erreicht haben, haben es nicht in seinen Fokus geschafft. Unseren Vorschlag, dass diesen Schülerinnen und Schülern zusätzliche Bildungsangebote gegeben werden, haben Sie abgelehnt. Kein Kind darf zurückgelassen werden. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, diesen Spruch haben Sie auch in Ihrem aktiven Wortschatz. Doch zwischen Ihrem Reden und Handeln klafft noch eine sehr große Lücke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Coronavirus bestimmt auch das jetzige Schuljahr. Wieder ist es kein Regelschuljahr. Bis heute ist der Unterrichtsbetrieb wenig an das Pandemiegeschehen angepasst. Die ganze Schulfamilie hofft auf die dringend notwendigen pädagogischen Rahmenrichtlinien für dieses erneute Ausnahmeschuljahr. Herr Minister, wir brauchen nicht nur einen Rahmen-Hygieneplan, sondern auch die notwendigen Lehrplananpassungen, die Anpassung der Notengebung, eine Teststrategie für Schulen, und – als langjährige Sportlerin kann ich das mit Inbrunst sagen – wir brauchen zusätzliche Bewegungsangebote für Kinder und Jugendliche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle warten darauf, dass der Kultusminister die Nöte der Schulfamilie aufnimmt und endlich beherzt handelt. Sogar der Ministerpräsident hat ihm bezüglich Lehrplan und Noten schon einen entsprechenden Hinweis gegeben. Doch Herr Minister Piazzolo lässt die gern zitierte Schulfamilie gerade im Regen stehen. Aber in einer Familie lässt man sich nicht hängen. Man hilft und unterstützt einander, vor allem in Krisenzeiten.

Herr Ministerpräsident Söder verlangt von den Schulen Flexibilität. – Seien Sie dessen versichert, die Schulen sind schon lange flexibel. Jetzt sind Sie am Zug. Zeigen Sie

die notwendige Flexibilität, um die Schulen gut durch die Pandemie zu führen und ihnen mit Rahmenrichtlinien Sicherheit in ungewissen Zeiten zu geben.

Kein Kind darf zurückgelassen werden. Davon sind wir alle überzeugt, so hoffe ich. Lassen Sie uns aber nicht nur davon reden, sondern auch beherzt danach handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Frau Abgeordnete Triebel. – Ich darf als nächstem Redner Herrn Sandro Kirchner das Wort geben. Herr Abgeordneter Kirchner, bitte schön.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich war am Anfang etwas skeptisch und habe überlegt, was mit dem Titel der Aktuellen Stunde gemeint ist. Nach einiger Zeit muss ich jetzt feststellen, dass die Idee doch gar keine schlechte war, dieses Thema zum Titel der Aktuellen Stunde zu machen. Einerseits zeigt es, dass wir uns sachlich mit den Problemen auseinandersetzen, und gibt uns Gelegenheit, um aufzuzeigen, was der Freistaat Bayern und unsere Gesellschaft alles leisten und wo es noch Potenziale gibt, das eine oder andere an der einen oder anderen Stelle nachzuarbeiten. Auf der anderen Seite ist es auch ein Moment, in dem man sich bewusst machen kann, was es bedeutet, in einem Sozialstaat zu leben und ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft zu haben. Man kann dabei auch feststellen, was der Bund und auch die Länder zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität und Beschäftigung Enormes leisten können und welche ein dichtes Netz zur Kompensation und zur Unterstützung geknüpft wird.

Solidarität bedeutet die gegenseitige Rücksichtnahme in einer Gesellschaft, sie bedeutet aber auch, Verantwortung zu übernehmen und dort schwierige Entscheidungen zu treffen, wo es diese zu treffen gilt, gerade auf der politischen Ebene. Sie bedeutet die medizinische und vor allem auch die soziale Begleitung, die die Kolleginnen und Kollegen schon in Redebeiträgen angesprochen haben. Dazu gehören in erster Linie

auch die Hilfe und die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft, vor allem für unsere bayerische Wirtschaft.

Ich möchte darauf verzichten, die vielen, vielen Maßnahmen noch einmal aufzuzählen, die Kredithilfen, die Soforthilfen und all die Instrumente, die zur Verfügung gestellt werden, gerade jetzt wieder auf Bundesebene durch die außerordentlichen Corona-Hilfen, wieder in Höhe von zehn Milliarden Euro, um diesen schwierigen Monat November begleiten zu können. Darüber hinaus gibt es auch die bayerischen Maßnahmen, um die Regionen zu unterstützen, die den Lockdown bereits einige Tage früher erfahren haben.

Wir müssen uns vor Augen halten, dass die Knoten unseres Netzes, von dem wir heute hier sprechen, die bayerische Wirtschaft abbilden. Je stärker und je enger diese Knoten sind, desto besser trägt dieses Netz. Der Freistaat Bayern unterstützt die bayerische Wirtschaft dort, wo er kann. Diese Unterstützung wirkt. Wir stellen fest, dass nirgendwo auf dieser Welt die Unternehmen so an ihren Mitarbeitern festhalten und dort, wo es möglich ist, auf Entlassungen verzichten, wie in Deutschland und in Bayern. Wir stellen fest, dass die Steuerzahlen, die aktuell wieder verkündet werden, deutlich besser ausfallen als die Verluste, die prognostiziert worden sind. Damit hat der Staat auch die Chance, wieder Einnahmen zu generieren – Einnahmen, die er investieren kann. Sie alle haben in Social Media vielleicht schon einmal die eine oder andere Landkarte dieser Welt bekommen, in der aufgezeigt wird, wo sich ein Staat engagieren kann und in welcher Form er sich engagiert. Ich denke, hier sind wir gut aufgestellt.

Wir sollten uns in dieser Situation auch in Erinnerung rufen, warum es möglich ist, diese Unterstützung zu leisten: Auf der einen Seite ermöglicht in Bayern eine langjährige stabile Haushaltspolitik, dass überhaupt Reserven zur Verfügung stehen. Auf der anderen Seite wird dies vor allem durch die Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich, die diese Einnahmen durch ihre Steuerzahlungen generieren und dem Freistaat Bayern zur Verfügung stellen. Auch

jetzt in der Krise stellen wir fest, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Unternehmerinnen und Unternehmer die Ärmel hochkrempeln und ihr Bestes tun, damit die bayerische Wirtschaft am Leben bleibt und diese Einnahmen generieren kann. Wir sollten uns heute auch in Erinnerung rufen, wenn wir Solidarität in Anspruch nehmen, dass die Solidarität und die Leistungen, die Sie angeführt haben, nur finanzierbar sind, weil diese Menschen diese Leistung einbringen.

Deswegen möchte ich es, weil es leider in der öffentlichen Diskussion immer wieder zu kurz kommt, nicht versäumen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu danken, die trotz dieser schwierigen Situation ihren Mann und ihre Frau stehen, den Unternehmerinnen und Unternehmern, die mit allen Klimmzügen versuchen, die Beschäftigungsverhältnisse und auch ihren wirtschaftlichen Erfolg am Leben und aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der CSU)

Damit dieser Applaus hier im Hohen Haus zukünftig noch viel stärker ausfällt, möchte ich an Sie appellieren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir, wenn wir hier im Bayerischen Landtag zukünftig über Wirtschaft sprechen, uns immer in Erinnerung rufen, dass die Wirtschaft das Fundament für unser politisches und solidarisches Handeln ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kirchner. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Abgeordneten Andreas Krahl aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Krahl.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, AfD-Fraktion! Wir alle hier im Hohen Haus sind die Vertreter*innen aller Menschen in Bayern. Es ist unsere Aufgabe in diesem Hohen Haus, alle Menschen in Bayern im Blick zu haben. Dies tun wir als Vertreter*innen der demokratischen Fraktionen nach bestem Wissen und Gewissen und entsprechend unseren individuellen

Überzeugungen. Niemand von uns Abgeordneten der demokratischen Fraktionen arbeitet im luftleeren oder populistischen Raum. Wir alle bekommen tagtäglich – insbesondere seit Beginn der Pandemie – Zuschriften, Anfragen, Lob und Tadel. Aus drei Zuschriften möchte ich sinngemäß zitieren:

Erstens. Meine Mutter ist 92 Jahre alt und leider schon ziemlich dement. Durch das Besuchsverbot zieht sie sich mehr und mehr zurück. Die Pflegerinnen berichten, sie sei kaum noch ansprechbar.

Zweitens. Mein Schwiegervater fragt mich am Telefon, was er denn eigentlich verbrochen habe, weil er jetzt überhaupt nicht mehr zum Spaziergehen aus dem Haus darf.

Drittens. Die Besuche meiner Großmutter halte ich kaum noch aus. Sie weint, weil wir uns nur noch kurz vor und nicht in ihrem Zimmer sehen können.

Ich könnte jetzt stundenlang aus solchen Briefen an mich berichten. Die Erleichterungen der Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen vom Juni – das will ich damit sagen – sind noch lange nicht bei allen Menschen in den Pflegeheimen angekommen. Jedes Haus gestaltet die Vorgaben der Rahmen-Hygienepläne unterschiedlich. Ein Infektionsausbruch in einer Pflegeeinrichtung, das ist, meine Damen und Herren, der blanke Horror, nicht nur für die Bewohner*innen, sondern auch für die Pflegenden und sämtliche Mitarbeiter. Die Pflegebedürftigen sind verunsichert und nicht selten überfordert. Die An- und Zugehörigen haben Angst vor Ansteckung, Angst vor Beatmungsgeräten und Angst vor dem Sterben, gleichzeitig auch Angst vor der dramatischen Verschlechterung der individuellen Krankheitsverläufe, zum Beispiel bei demenziellen Erkrankungen.

Verstehen Sie mich jetzt aber bitte nicht falsch: Natürlich müssen wir besonders vulnerable Gruppen schützen. Dass der Schutz in Zukunft noch besser funktionieren muss als in der Vergangenheit, das ist uns sicher allen klar. Das muss mit Würde, mit Selbstbestimmung, mit dem Blick auf die drohende Vereinsamung und auf die psycho-

soziale Gesundheit verbunden sein. Die Einrichtungen der stationären Langzeitpflege in Bayern müssen spätestens jetzt in das absolute Zentrum, in den Mittelpunkt der Teststrategie der Staatsregierung rücken. Pflegende, Bewohner*innen, Mitarbeitende, aber auch Besucher*innen brauchen doch Sicherheit! Sicherheit geben Antigen-Schnelltests, und zwar in regelmäßigen und kurzfristigen Abständen. Diese Tests müssen flächendeckend eingesetzt werden können; denn mehr Sicherheit bedeutet in diesem Fall auch mehr Freiheit. Und mehr Freiheit bedeutet mehr Familie und mehr zwischenmenschlichen Kontakt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen innerhalb einer Wohngruppe sind doch Zugehörige des gleichen Hausstandes. Das muss uns klar werden. Ich bitte auch darum, dass das die Staatsregierung akzeptiert und versteht. Eine Langzeitpflegeeinrichtung ist ein Zuhause. Die Menschen schließen dort Freundschaften, und manchmal, mit ein bisschen Glück, verlieben sie sich sogar. Diese Menschen dürfen doch in Zukunft nicht dauernd voneinander separiert werden, sodass sie auf lange Sicht vereinsamen.

Eines muss klar sein: Mehr Selbstbestimmtheit und mehr persönliche Freiheit bei einem größtmöglichen Schutz erfordert Sicherheit für die Träger und Trägerinnen der Pflegeeinrichtungen. Ich habe es vor zwei Wochen schon einmal gesagt und spreche es heute noch einmal an: Wer haftet, wenn es trotz aller gebotenen Vorsicht und eingehaltener Hygienevorschriften zu einem Infektionsausbruch kommt? Mit dieser Verantwortung dürfen wir die Trägerinnen und Träger nicht im Regen stehen lassen! Das muss in Zukunft die Staatsregierung übernehmen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, schlussendlich brauchen alle Menschen aus den sogenannten Hochrisikogruppen unsere aller vollste Solidarität, unser aller Verzicht auf individuelle Freiheit und unser aller Zusammenwirken.

Also in aller Klarheit: Maske auf, Abstand halten und dem Virus ein ganz, ganz mieser Wirt sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Krahl. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Kollegin Kerstin Celina, ebenfalls von der Fraktion der GRÜNEN, aufrufen. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, geschätzter Herr Kollege Enghuber, geschätzte Frau Kollegin Högl! Herr Enghuber, über Ihre Rede habe ich mich gerade wirklich geärgert. Das Thema ist das Netz, nicht das Geld für einzelne Gruppen. Mit Geld kann man sich nichts kaufen, wenn ein Netz da ist, das so löchrig wie ein Schweizer Käse ist. Das haben Sie anscheinend nicht verstanden. Deswegen ist es gut, dass wir heute dieses Thema gesetzt haben.

Geschätzte Frau Kollegin Högl, der Freistaat hat Konzepte für den Ausbau von Frauenhäusern über Jahre verschleppt und ist dieses Problem nicht angegangen. Die Oppositionsfraktionen und die Verbände haben jahrelang um einen Ausbau gebettelt. Diese Plätze fehlen uns heute. Dass Sie jetzt den Ausbau der Frauenhäuser, der so spät angegangen wurde, loben, zeigt, dass wir in diesem sozialen Netz sehr viele Löcher haben, die wir jetzt dringend stopfen müssen. Deswegen haben wir heute dieses Thema gesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kirchner, zu Ihnen komme ich später noch.

(Heiterkeit)

Was passiert gerade? – All diejenigen, die laut sind, die stark sind und die organisiert sind, werden in der Corona-Debatte gehört und finden bei der Staatsregierung Wider-

hall. Aber diejenigen, die leise sind, die nicht gut organisiert sind, die ihre ganze Kraft brauchen, um ihren Alltag zu meistern, und die alles versuchen, damit Angst nicht zum dominierenden Faktor in ihrem gegenwärtigen Leben und für ihre Zukunftspläne wird, hört man in der Debatte kaum. Sie spiegeln sich auch kaum in der Regierungspolitik wider. Viel zu oft geht es um Abwrackprämien, um Lkw-Prämien, um Flughäfen und Wirtschaft und darum, möglichst schnell zum Business as usual zurückzukehren. Aber genau das ist das falsche Ziel.

Zurück zu Business as usual bedeutet doch, dass die Pflegekräfte auch in Zukunft wie schon vor Corona zu wenig Zeit für ihre Patienten und Patientinnen haben werden. Business as usual bedeutet auch, dass die Zahl der Springerlehrkräfte in den Schulen, die schon vor Corona nicht ausreichte, um in der Grippesaison die Krankheitsfälle adäquat auszugleichen, nicht erhöht wird. In Würzburg unterrichtet jetzt eine Mutter an einer Grundschule, um den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten. Das liegt nicht an Corona, sondern an Personalkonzepten, die seit Jahren auf Kante genäht sind. Sie brechen jetzt unter der zusätzlichen Belastung endgültig zusammen. Herr Kirchner, das ist genau Ihre sogenannte solide Haushaltspolitik!

Ich will nicht zurück zum Vor-Corona-Standard, sondern ich möchte hin zu einem besseren Standard, und zwar da, wo wir in Menschen und in Menschlichkeit investieren. Wir brauchen ein Netz, das uns trägt. Dieses Netz ist in Bayern so löchrig wie ein Schweizer Käse. Das müssten auch Sie von den Regierungsfractionen endlich bemerken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wäre Ihnen digitaler Unterricht schon vor Corona wichtig gewesen, hätten wir viele Möglichkeiten, jetzt auch schwächere Schülerinnen und Schüler adäquat zu betreuen, Lehrstoff online zu erklären, gute Filme zu nutzen und sogar Sportunterricht als Fitnesssession vor dem Laptop zu machen, solange Mannschaftssportarten ausgeschlossen sind. Gerade die Schwächeren fallen doch in Bayern schon die ganze Zeit

durch das Netz. Zum Vergleich: In Vietnam hatte die Schwester unserer Gastschülerin schon im Januar problemlos funktionierenden Online-Unterricht. Unsere Gastschülerin verstand überhaupt nicht, warum wir da als deutsche Gasteltern zu Beginn der Corona-Zeit skeptisch waren.

Noch ein Beispiel: Schon vor Corona war in Bayern die Teilhabe für Menschen mit Behinderungen bestenfalls nachrangig. Unsere Anträge zu diesem Thema werden kategorisch abgelehnt, egal ob es um Regelungen im Behindertengleichstellungsgesetz geht, um das Festlegen von Standards oder um die Mitsprache von Betroffenen beim Verleihen von hübschen Plaketten mit der Aufschrift "Bayern barrierefrei". Bayern ist noch lange nicht barrierefrei; da helfen auch Plaketten nicht. Daran hat sich durch Corona nichts geändert.

Menschen mit Behinderungen werden eben nicht an Entscheidungen beteiligt, die sie betreffen. Sie dürfen sich in den Einrichtungen nicht mit ihren Familien treffen, wenn die Einrichtungen keine Möglichkeiten sehen, mit dem Personalstamm und den Räumlichkeiten, die sie haben, kluge Konzepte zur Begegnung umzusetzen. Dabei sind Menschen mit Behinderungen so individuell wie du und ich. Das Risiko zu erkranken, ist doch individuell sehr verschieden. So wie Sie und ich entscheiden können, ob wir zur Arbeit gehen oder nicht oder ob wir jemanden aus einem anderen Haushalt treffen, müssen das Menschen mit Behinderungen auch tun können. Dazu müssen Sie Konzepte, das Personal und die Räumlichkeiten bereitstellen. Genau das haben Sie die ganze Zeit schon versäumt. Dieses Netz trägt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kirchner, an den Gesundheitsämtern werden von früh bis spät Kontakte nachverfolgt. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind am Limit, weil die Ämter jahrelang kaputtgespart wurden. Die Software ist von vorgestern, die Programme passen nicht zusammen. Ein Homeoffice ist mit ihnen nicht möglich. Zettelwirtschaft ist häufig der Stand der Dinge. Das ist doch das Ergebnis der von Ihnen so hochgelobten Haus-

haltungswirtschaft. Diese Personal- und Digitalisierungsprobleme stammen aus der Vor-Corona-Zeit. Die Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern müssen bei den Gesprächen mit den Menschen versuchen, Lösungen zu finden, wie sie die Quarantäne überhaupt überstehen können, wenn sie alleine und alt sind. Das finde ich empörend.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Kollegin, die Tafel zeigt rot.

Kerstin Celina (GRÜNE): Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an den Gesundheitsämtern finden eine strukturierte Nachbarschaftshilfe schneller bei Facebook als bei anderen Ämtern. Das Netz, das Sie für ausreichend halten, trägt nicht. Wir brauchen Investitionen in Menschen und in Menschlichkeit. Wir fordern Sie auf: Packen Sie das endlich an!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Kollegin Celina. – Als Nächste hat die zuständige Staatsministerin, Frau Carolina Trautner, das Wort. Frau Ministerin, ich bitte Sie ans Rednerpult.

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gefreut, als ich den Titel der Aktuellen Stunde gesehen habe, weil ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass wir neben den Erkrankungen körperlicher Art, die wir durch die Corona-Pandemie haben, auch auf die Auswirkungen dieser Pandemie auf das soziale, das familiäre und das berufliche Leben achten müssen. Ich habe das Thema der Aktuellen Stunde so verstanden, dass wir heute die Solidarität während des Lockdowns im Blick haben. Ich habe es nicht so verstanden, dass heute aufgezeigt werden soll, welche Maßnahmen vor Corona vermeintlich nicht ergriffen worden sind.

Ich möchte den Blick auf das tatsächliche heutige Thema richten, nämlich die Solidarität. Die Solidarität ist uns in der Tat ganz wichtig. Deshalb haben wir schon am Anfang der Pandemie die Initiative "Unser Soziales Bayern: Wir helfen zusammen!" gestartet,

eine Initiative, die wirklich eingeschlagen ist und gezeigt hat, dass die Menschen in Bayern zusammenhelfen. Wir haben auf unserer virtuellen Bayernkarte 1.100 Initiativen für Senioren. Das zeigt, dass die Menschen in Bayern gerade die Senioren unterstützen, die eine Unterstützung brauchen. Da haben wir erlebt, dass der Zusammenhalt der Generationen funktioniert. Es waren nämlich ganz viele Junge, die aufgestanden sind und Solidarität gezeigt haben.

Ja, Sie haben recht: Wir müssen Solidarität mit unseren Familien zeigen. Deshalb bin ich froh, dass Schulen und Kitas offen bleiben und die Kinder die Chance haben, andere Kinder zu treffen und zu spielen. Auch die Bildung ist ein wichtiges Thema in diesem Bereich. Die Kinder sind solidarisch, machen mit, tragen die Maske und helfen.

Es ist wichtig, dass auch die Eltern unterstützt werden; sie brauchen die Betreuungseinrichtungen. Ich fordere aber auch von den Eltern Solidarität ein. Ein krankes Kind gehört nach Hause und darf eben nicht in die Schule oder in die Kita geschickt werden; denn sie müssen auch an die anderen denken: an das Personal, an die anderen Familien, die betroffen sind, wenn ein krankes Kind in der Kita oder in der Schule andere ansteckt. Diese Solidarität fordere ich ein. Wir sind solidarisch mit den Eltern und helfen ihnen, dass sie zur Arbeit gehen können und Betreuung für ihre Kinder haben.

Wir müssen auch mit dem Personal solidarisch sein: mit den Erziehern, mit dem Fachpersonal in der Kinder- und Jugendhilfe, mit den Lehrern und mit allen, die hier eine tolle Arbeit leisten. Sie haben es verdient. Deswegen sind die Hygienemaßnahmen wichtig, die wir jetzt auf den Weg bringen, um die Arbeit zu erleichtern. Auch hier fordere ich ein, Solidarität zu zeigen.

Wir brauchen Beratung; das war uns auch ganz wichtig. Deswegen ist es gut, dass in dieser Zeit, in dieser Phase die Beratungsstellen geöffnet sind. Familien sind überlastet und brauchen eine Erziehungsberatungsstelle, sie brauchen einen Familienstützpunkt, sie brauchen eine Telefonhotline. Digitale Angebote sind zwar wichtig, aber manchmal braucht es auch das persönliche Gespräch, das wissen wir alle. Hier zei-

gen wir auch Solidarität. Allen, die in diesen Beratungsstellen mithelfen und unsere Familien unterstützen, sei ein herzliches Dankeschön gesagt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir überprüfen in Studien, ob wir das richtig machen. Auch das gehört dazu, zu hinterfragen: Haben wir etwas versäumt? Was können wir besser machen? Wir haben Studien in Auftrag gegeben zur Frage, ob frühe Hilfen für Familien ausreichend ankommen. Das kbo-Kinderzentrum ist hier tätig. Die Uni Bamberg führt für uns die Studie "kontakt.loss!" zur Bildung und Beratung für Familien während der Pandemie durch, um Hinweise zu erhalten, wo wir noch besser werden können. Schließlich stehen wir alle zum ersten Mal vor dieser Herausforderung.

Es ist auch wichtig, dass wir auf die Menschen mit Behinderung achten. Auch sie sind solidarisch und helfen mit.

Es ist wichtig, dass wir auch die Obdachlosen im Blick haben. Das sind alle Gruppen, die nicht so laut rufen, die aber unsere Unterstützung brauchen. Mit der Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern wurde während der Pandemie wertvolle Arbeit geleistet, indem sehr kreative Ideen von Trägern gefördert werden konnten, damit auch dieser Personengruppe geholfen wird.

Ja, wir brauchen auch die Solidarität mit der Wirtschaft. Das ist der dritte große Punkt. Da ist es wichtig, dass die Unterstützungsmaßnahmen ankommen. Wir müssen helfen, dass die Unternehmen gut durch diese Krise kommen. Vieles ist schon gesagt worden, welche Hilfen die Unternehmen brauchen; diese werden auch ausbezahlt und sind zum Teil sehr großzügig. Ich denke nur an die letzte Hilfe des Bundes für die Gastronomie, für die Hotellerie und all die anderen betroffenen Gruppen. Wir fordern ein, dass diese Hilfen schnell und gut ankommen.

Ja, wir brauchen auch Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die vielleicht ihren Arbeitsplatz verlieren. Jeder von uns weiß, was passiert, wenn der Ar-

beitsplatz in Gefahr ist. Das ganze Familiensystem bricht zusammen, der Ernährer fällt weg, es ist kein Geld mehr da. Deshalb müssen wir sie unterstützen. Auch mein Ministerium ist hier gefordert, mit Weiterbildungsmaßnahmen zu unterstützen. Wir müssen auch Azubis von Unternehmen in Insolvenz unterstützen, damit sie woanders unterkommen können. Diese Menschen haben ihr gesamtes Berufsleben noch vor sich. Auch hier müssen wir weitermachen. Es ist gut, dass wir mit den Gewerkschaften und mit den Arbeitgebern im Gespräch sind und gemeinsam an einem Strang ziehen, um Lösungen zu finden, die allen helfen.

Es ist wichtig, einander zuzuhören und ganz genau hinzuschauen. Das tun wir, indem wir im Gespräch bleiben. Wir sind mit den Wohlfahrtsverbänden, mit den Kirchen, mit den Kommunen, mit den Bezirken und allen Organisationen, den Verbänden und – ich habe es genannt – mit den Gewerkschaften, den Arbeitgebervertretern, mit den Ehrenamtlichen im Gespräch. Sie leisten gigantische Arbeit in dieser Pandemie. Ich möchte ihnen dafür von Herzen danken. All das würde nicht gelingen, wenn die Ehrenamtlichen kein gelebtes Miteinander praktizieren würden.

Wir brauchen Solidarität zwischen Jung und Alt, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, auch zwischen den Parteien im Landtag. Ich finde, das hat eigentlich ganz gut funktioniert; wir haben zusammengehalten. Das müssen wir auch weiterhin tun.

Wir brauchen auch Solidarität zwischen den Ministerien. Wir helfen uns gegenseitig mit Personal aus, um diese Krise zu bewältigen.

Wir brauchen Solidarität zwischen Ehrenamtlichen und Hauptberuflichen. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen; daran müssen wir denken.

Deswegen ist es gut, dass wir heute dieses Thema auf der Agenda haben und uns noch mal damit auseinandersetzen. Dabei geht es nicht immer nur um Zahlen, sondern um das Emotionale; es geht um das Menschliche. Bayern ist ein Sozialstaat. Wir tragen Verantwortung. Jetzt gilt es, Mut, Zuversicht und Solidarität zu zeigen, damit

dieses Netz hält, und allen entgegenzutreten, die an diesem Netz sägen wollen. Gemeinsam schaffen wir es, jeder an seinem Platz, das Beste zu leisten.

Ich darf mit einem Zitat von Konfuzius schließen: Es ist besser, ein einziges kleines Licht anzuzünden, als die Dunkelheit zu verfluchen. – Lassen Sie uns also solidarisch weitermachen und das Beste geben, jeder an seinem Platz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Staatsministerin Trautner, ich bedanke mich herzlich für Ihre Rede und darf damit diesen Tagesordnungspunkt beenden.